A55NEU Klimaaußenpolitik KONKRETISIEREN

Antragsteller*in:	Sebastian Stölting, Sonja Schiffers, Sarah Brockmeier, Johanna Wolf de Tafur
Tagesordnungspunkt:	1. Änderungsanträge zum Wahlprogram

Antragstext

Klimaaußenpolitik

Änderungen Fettgedruckt

Wir verfolgen eine ambitionierte, nachhaltige und menschenrechtskonforme Klimaaußenpolitik. Sie ist klimapolitisch notwendig, kann nachhaltige Entwicklung fördern, Ressourcenkonflikten vorbeugen und Frieden sichern. Klimaaußenpolitik kann zu einer Win-win-Situation für Europa, seine Nachbarn und die Länder des globalen Sonnengürtels führen. Sie bedeutet zum einen, dass wir Europäer*innen unseren Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften decken helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. Andererseits werden wir so endlich unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir Elektrifizierung und Technologietransfers insbesondere in afrikanischen Ländern vorantreiben und den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern unterstützen.

Nicht nur der Einsatz erneuerbarer Energieträger, sondern auch die Etablierung nachhaltiger Wirtschaftsmodelle und Kreisläufe muss weltweit wettbewerbsfähig gestaltet sein und soll im Zweifel immer die attraktivere Politikalternative darstellen. Dafür wollen wir, gemeinsam mit unseren europäischen Partner*innen, werben und die finanziellen Mittel bereitstellen, um somit auch in Partnerstaaten Innovation zum Durchbruch zu verhelfen. Denn nur so können wir es schaffen, global auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Wir stärken die bestehenden Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz („Adaptation and Mitigation“) und setzen uns dafür ein, dass es auch einen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten („Loss and Damage“) gibt. Daraus können zum Beispiel Klimarisikoversicherungen finanziert werden. Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die Weltbank sollten zu Transformationsbanken umgebaut werden.

KonsequenteKlimaaußenpolitik bedeutet, dass Deutschland und die Europäische Union ihre diplomatischen Fähigkeiten viel stärker darauf ausrichten, weltweit für eine klimagerechte Politik zu werben. Damit Klimapolitik ein erfolgreicher und sichtbarer Pfeiler auch der deutschen Außenpolitik wird, wollen wir auf Ebene der Staatsminister*innen eine Zuständigkeit für Klimaaußenpolitik schaffen. Die Bundesregierung soll eine ressortübergreifende Strategie für Klimaaußenpolitik entwickeln und dazu einen jährlichen Bericht vorlegen, der im Bundestag behandelt wird.

Änderungsantrag von Sebastian Stölting, Sonja Schiffers und Johanna Wolf de Tafur

Begründung

Dieser wichtige Abschnitt bedarf einer Konkretisierung, da wir über Energie hinaus, ganzheitlich nachhaltige Wirtschaftsmodelle in der Außenpolitik im Blick haben.

Die Relevanz und Sichtbarkeit der Klimaaußenpolitik wird enorm gesteigert durch eine explizite geschaffene Position auf Ebene der Staatssekretär*innen.